Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Arbeitsbericht der Frauenbeauftragten

1. Mai bis 31. Dezember 2003

Inhalt:

1. Vorbemerkung
2. Aufgabenbeschreibung nach dem Berliner Landesgleichstellungs-gesetz
3. Thematische Arbeit
    - Gender Mainstreaming
    - Berufstätigkeit
    - Häusliche Gewalt
4. Veranstaltungen
5. Beratungsarbeit
6. Kooperationen/Gremienarbeit
7. Öffentlichkeitsarbeit/Publikationen
8. Arbeitsplan 2004

Anlage: Pressespiegel

Januar 2004 **Christine Rabe**

1. Vorbemerkung

Am 1. Mai 2003 begann ich meine Tätigkeit als Frauenbeauftragte im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin. Erwartet haben mich viele historisch gewachsene Aufgaben und hohe Erwartungen hinsichtlich der Lösung umfangreicher individueller, auch sehr persönlicher Fragen und Probleme. Erwartet hat mich auch eine der Gleichstellungsproblematik aufgeschlossene und durch die kompetente und engagierte Arbeit meiner Vorgängerinnen Frau Brigitte Kippe (Bezirksamt Charlottenburg) und Frau Dagmar König (Bezirksamt Wilmersdorf) geprägte Verwaltung.
Hinzu kommt die Aufgabe, der neuen europäischen Gleichstellungs-Strategie des Gender Mainstreaming Rechnung zu tragen und ein Umsetzungskonzept für die Bezirksverwaltung Charlottenburg-Wilmersdorf vorzulegen. Dieses anspruchsvolle und umfangreiche Programm wurde in Angriff genommen.
Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Bezirksbürgermeisterin Frau Monika Thiemen und insbesondere meinen Mitarbeiterinnen Frau Galesky, Frau von Malotky, Frau Lamkewitz und Frau Wiegand danken. Durch ihre Aufgeschlossenheit und Arbeit wurde meine Einarbeitungszeit verkürzt.

2. Aufgabenbeschreibung nach dem Berliner Landesgleichstellungsgesetz

Seit 1998 sind die Aufgaben der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Berliner Bezirke im § 21, Landesgleichstellungsgesetz wie folgt beschrieben:

(1) Der Verfassungsauftrag der Gleichstellung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern ist bei der Wahrnehmung von Aufgaben und der Planung von Vorhaben in der Verwaltung zu beachten und gehört zu den Aufgaben der Berliner Bezirksverwaltungen. Dazu bestellen die Bezirksämter eine hauptamtlich tätige Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte. Die Dienstaufsicht über die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte übt die Bezirksbürgermeisterin oder der Bezirksbürgermeister aus. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte mit den notwendigen personellen und sachlichen Mitteln auszustatten.
(2) Das Bezirksamt informiert die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte unverzüglich über Vorhaben, Programme, Maßnahmen und Entscheidungen, die ihre Aufgaben berühren, und gibt ihr vor einer Entscheidung innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur **Stellungnahme**.
(3) Die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte regt **Vorhaben und Maßnahmen** zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen im Bezirk an. Sie arbeitet insbesondere mit gesellschaftlich relevanten Gruppen, Behörden und Betrieben zusammen. Die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte informiert die **Öffentlichkeit** über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs.
(4) Die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte gibt dem Bezirksamt **Empfehlungen zur Verwirklichung des Gebots zur Gleichstellung von Frauen und Männern**. Dazu kann sie das Bezirksamt innerhalb einer angemessenen Frist zur Stellungnahme auffordern.

(5) In Angelegenheiten, die frauenpolitische Belange oder Fragen der Gleichstellung berühren, kann die Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte über das Bezirksamt **Vorlagen zur Kenntnisnahme in die Bezirksverordnetenversammlung** einbringen.

Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung von Charlottenburg-Wilmersdorf bieten umfangreiche Möglichkeiten, diesen Paragraphen umzusetzen. So wird die Frauenbeauftragte in der wöchentlichen Amtsleiterrunde der Bezirksbürgermeisterin über Vorhaben und Maßnahmen des Bezirksamtes informiert und hat die Möglichkeit zu **Stellungnahmen**. Ein Beispiel betrifft die Aufstellung des Bezirkshaushaltsplanes 2004/2005.

Die Möglichkeit, **Vorhaben und Maßnahmen** anzuregen, ist im Berichtszeitraum zu folgenden Themen wahrgenommen worden:

- Erarbeitung eines Handlungsfeldes IV für das Bezirkliche Bündnis für Arbeit und Wirtschaft
- Erarbeitung eines Kurzkonzeptes für einen bezirklichen Arbeitskreis (Aktionsplan) zum Thema „Häusliche Gewalt“

In Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Bezirksamtes konnte im Berichtszeitraum eine umfangreiche **Öffentlichkeitsarbeit** zu allen relevanten Themen geleistet werden.

Mit der Erarbeitung der Bezirksamtsvorlage „Einführung von Gender Mainstreaming“ und der „Handlungsanleitung“ wurden die Punkte **Empfehlungen zur Verwirklichung des Gebots zur Gleichstellung von Frauen und Männern** und **Vorlagen zur Kenntnisnahme in die Bezirksverordnetenversammlung** erfüllt.
Im Folgenden werden meine Aktivitäten zu den einzelnen Themen näher erläutert.

3. Thematische Arbeit

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming (GM) bedeutet im Ergebnis eine Entlastung der Frauen- und Gleichstellungsbeaufragten. Denn es bedeutet, dass nicht mehr sie selbst verantwortlich dafür ist oder gemacht wird, wie viel Gleichstellungsarbeit im Bezirk mit welchem Ergebnis geleistet wird. Gender Mainstreaming ist der Versuch, die Last der Verantwortung einerseits wieder „nach oben“ zu bringen und andererseits alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Pflicht zu nehmen. Voraussetzung allerdings ist, dass Gender Mainstreaming operationalisiert wird. Hier betreten wir Neuland! Meinen Vorschlag der Operationalisierung habe ich mit der Handlungsanleitung: **Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf, Teil 1: Eine Handlungsanleitung** vorgelegt. Das Konzept kann jedoch nur aufgehen, wenn es von der Leitungsspitze **und** den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen wird. Nachdem das Konzept mit Arbeitsplan im Oktober beschlossen, die Handlungsanleitung in der Steuerungsgruppe des Bezirksamtes diskutiert wurde und die BVV es auf ihre Tagesordnung genommen hat, sind die ersten Schritte getan:

Mai 2003 Gemeinsam mit dem Leiter des Haushaltsamtes wird ein Text in den Vorbericht des Haushaltsplanentwurfs 2004/5 aufgenom

	men, im Bezirksamt und der BVV beschlossen. Er enthält Auflagen hinsichtlich geschlechtsdiffenzierter Erfassung bestimmter Ausgaben (Gender Budgeting).
August	Erarbeitung des GM-Umsetzungskonzeptes für die Bezirksverwaltung Charlottenburrg-Wilmersdorf (Leitlinien, Arbeitsplan, Handlungsanleitung)
September	Abstimmung des Konzeptes mit der Bezirksbürgermeisterin.
	Erarbeitung und Vorbereitung eines Auftrages zur Untersuchung des Bezirkshaushaltes von Charlottenburg-Wilmersdorf hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting)
Oktober	Das GM-Umsetzungskonzept wird in der Steuerungsgruppe des Bezirksamtes diskutiert. Vorschläge und Veränderungswünsche werden eingearbeitet.
	Erarbeitung und Vorbereitung einer Beschlussvorlage für das Bezirksamt.
	Der Beschluss zur Einführung von GM in der Bezirksverwaltung wird gefasst und der BVV mit der Drucksache Nr. 714/2 zur Kenntnis gegeben.
	Das GM-Umsetzungskonzept wird am 01.10.2003 auf einer Veranstaltung der Frauenunion und der Christlichen Arbeitnehmerschaft und am 23.10.2003 im Rahmen der Veranstaltung „Gender Mainstreaming in der lokalen Beschäftigungsentwicklung“ der Arge Servicegesellschaften vorgestellt.
November	Auf einer Eröffnungsveranstaltung zu Gender Mainstreaming (Fachtagung der Volkshochschule City West und des Bündnisses Demokratie jetzt) wird am 7. November das Umsetzungskonzept vorgestellt und diskutiert.

Der im Bezirksamt beschlossene **Arbeitsplan** enthält u. a. die Erarbeitung einer Handlungsanleitung für unsere Bezirksverwaltung, das Beschließen von Maßnahmenplänen, die Durchführung von Workshops, hausinternen Weiterbildungsveranstaltungen und Gendertrainings. Er umfasst einen Zeitraum von Oktober 2003 bis Juni 2005. In diesem Arbeitsplan ist vorgesehen, dass sich in einer ersten Umsetzungsstufe alle Abteilungen des Hauses mit je einem Aufgabenbereich (Testbereich) beteiligen. Im Februar 2005 sollen diese Testbereiche ausgewertet und die Handlungsanleitung überarbeitet werden. Ab April 2005 sollen dann weitere Bereiche in das Gender Mainstreaming Programm aufgenommen werden.

Berufstätigkeit

Über 11 000 Frauen des Bezirks sind beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet, davon sind 1 210 allein erziehende Mütter. Problematisch sind aus Sicht der Beauftragten für Chancengleichheit des Arbeitsamtes Nord, Frau Schlosser, die Situation der langzeitarbeitslosen Frauen und der Berufsrückkehrerinnen. Im Bezirk gibt es zahlreiche Bemühungen und Initiativen, Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen und zu erhalten und damit ihre ökonomische Eigenständigkeit zu stärken.
So gibt es insbesondere im **Sozialamt** in der Abteilung „Hilfe zur Arbeit“ zahlreiche Projekte für Frauen.
Das neue **Kompetenzzentrum** – Träger ist eine Personalagentur – hat den Auftrag des Arbeitsamtes, arbeitslose Frauen durch Beratung, auch Existenzgründungsberatung, durch Bewerbungstraining und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.
Der Träger „**Raupe und Schmetterling**“ fördert und berät arbeitslose Frauen in der Lebensmitte.

Das Büro der Frauenbeauftragten hat für den Berichtszeitraum folgende Aktivitäten zu nennen:

Mai 2003	Es wurden drei **Projektanträge** zum Lokalen Sozialen Kapital (LKS) initiiert.
Mai-November	Fünf Veranstaltungen des **Unternehmerinnenstammtisches** wurden vorbereitet (je 170 Einladungen, siehe Punkt 4: Veranstaltungen).
Oktober 2003	Für das **Bezirkliche Bündnisses für Arbeit und Wirtschaft** wurde ein Handlungsfeld erarbeitet und im Steuerungsgremium des Bündnisses vorgestellt.
November 2003	Überarbeitung und Konkretisierung des Handlungsfeldes in Kooperation mit der Geschäftsstelle des Bündnisses.
	Vorbereitung der Auslobung des **Frauenfreundlichsten Betriebes** 2004 – erste Sitzung der Jury, Herstellung und Verteilung des Informationsmaterials, Öffentlichkeitsarbeit.
Dezember 2003	Motivation und Beratung von Trägern zu Projekten des **Lokalen Sozialen Kapitals** für das Jahr 2004.

Häusliche Gewalt

Um das Thema kompetent und effektiv für den Bezirk zu bearbeiten, habe ich Arbeitskontakte zur Polizeidirektion 2 und den Abschnitten 26 und 28 aufgenommen. Weiterhin wurden im Berichtszeitraum Arbeitskontakte zur zuständigen Senatsverwaltung, zu BIG e. V. mit seinen Beratungseinrichtungen, zu terre des femmes und zur Abteilung Gesundheit und Soziales des Bezirksamtes gehalten.

Im Bereich der Direktion 2, zuständig für die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau, gab es im Jahr 2003 von Januar bis November 1200 polizeiliche Einsätze wegen häuslicher Gewalt. 1650 Anzeigen wurden von Frauen erstattet, in 160 Fällen wurden die Männer aus der Wohnung gewiesen.

Sehr deutlich wurde, dass die Polizei sich eine noch stärkere Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung wünscht. Ihr Anliegen ist es zu erreichen, dass Frauen und insbesondere Frauen mit Kindern Möglichkeiten bekommen, aus Gewaltbeziehungen herauszugehen. Mit dem neuen Gewaltschutzgesetz und den damit verbesserten Bedingungen für die Wohnungszuweisung müssen Frauen innerhalb der 14-tägigen Wegweisung des Mannes aktiv werden. Dazu benötigen die Frauen aus Sicht der Polizei noch mehr Beratung und Unterstützung.

Folgende Aktivitäten wurden im Berichtszeitraum geleistet (siehe dazu Pressespiegel in der Anlage):

Juli – Oktober 2003	Auf Anregung der Bezirksbürgermeisterin wird eine **Tütenaktion** vorbereitet. Dazu werden Kontakte zur Bäckerinnung Berlin, zu vielen möglichen Sponsoren, zum Bundeskanzleramt und prominenten Politikerinnen und Politikern der Stadt aufgenommen.
November 2003	Zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11. 2003 wird die **Fahne „Nein zu Gewalt an Frauen - frei leben ohne Gewalt“** von terre des femmes vor dem Rathaus gehisst. Am 19. 11. 2003 findet eine **Pressekonferenz** der Bezirksbürgermeisterin statt. Beteiligt sind terre des femmes, die Polizeidirektion, die Bäckerinnung Berlin, Kaisers/Tengelmann, die Migrantenbeauftragte und die Frauenbeauftragte. Es werden im Bezirk in fast allen Bäckereien und in allen Kaisers Back-Stop-Filialen der Stadt 250 000 Tüten mit der Aufschrift **Schaut hin! – Gewalt kommt nicht in die Tüte** mit Texten von Politikerinnen und Politikern und der Notfallnummer verteilt. Ein **Flyer – Auflage 10 000** - mit Texten zum Thema, Beratungsangeboten und Notfallnummern wird mit den Tüten durch Kaisers und in allen Abteilungen der Verwaltung verteilt. Ein Kurzkonzept „Arbeitskreis Charlottenburg-Wilmersdorf gegen häusliche Gewalt“ (Aktionsplan) wurde erstellt.
Dezember 2003	Recherchen zur Vorbereitung der **Ausstellung** „Gewalt gegen Frauen im Alltag“

Die bezirkliche **Notwohnung** – bis zum 31.12.03 in Verantwortung der Frauenbeauftragten - wurde im Berichtszeitraum nur einmal vermietet. Da das Grundstück in der Prager Straße von der Abteilung Jugend, Familie und Sport in den Liegenschaftsfonds abgegeben worden ist, muss eine neue Wohnung gefunden werden. Offen ist, ob zukünftig eine bezirkliche Notwohnung vom Büro der Frauenbeauftragten oder von der Abteilung Soziales zu betreuen ist.

4. Veranstaltungen

7. Mai 2003	Unternehmerinnenstammtisch zum Thema Kosmetik
4. Juni 2003	Unternehmerinnenstammtisch der polnischen Unternehmerinnen
5. Juli 2003	Sommerkonzert im Rathaus
27. August 2003	Unternehmerinnenstammtisch zum Thema Kochkurse
5. September 03	Besuch der Ausstellung „Frauen im Orient – Frauen im Okzident“ in der KOMMUNALEN GALERIE
25. September 03	Veranstaltung im Rathaus mit den Projekten Sarah Hagar der Überparteilichen Fraueninitiative Berlins und EPIL (European Project for Interreligios Learning)
8. Oktober 2003	Unternehmerinnenstammtisch zum Berufsbild der Innenarchitektin
5. November 2003	Unternehmerinnenstammtisch zum kreativen Arbeiten
7. November 2003	Fachtagung Gender Mainstreaming, eine Kooperationsveranstaltung mit der VHS, der Jugendförderung und Ta Tzitzikia
19. November 03	Pressekonferenz zum Thema „Schaut hin! – Gewalt kommt nicht in die Tüte“
6. Dezember 03	Weihnachtsballett

5. Beratungsarbeit

Beratungsarbeit findet zu den Themen der Gleichstellung für die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, für die Mitglieder des Bezirksamtes, für Vereine, Verbände, Initiativen, Betriebe und andere Institutionen statt.

Beratungsarbeit findet für die Bürgerinnen des Bezirkes in der Sprechstunde am Donnerstag von 16 bis 18 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung statt. Sie findet ebenso telefonisch und unangemeldet statt. Die Statistik ist somit nicht vollständig.

Im Berichtszeitraum kamen ca. 90 Frauen in die Sprechstunde. Sie suchten zu folgenden Themen Beratung:

- häusliche Gewalt (4)
- Existenzgründung (10)
- Arbeitsplatzsuche (20)
- Kitaplatz-Suche (10)
- Aufenthaltsbestimmungsrecht für das Kind (1)
- Trennung/Scheidung/Ehe (7)
- allgemeine soziale Beratung zu finanziellen und/oder psychischen Problemen (38)

Zur weiteren Bearbeitung der Probleme habe ich die Beratung Suchenden an die zuständigen Abteilungen der Verwaltung oder an andere Institutionen verweisen können. In einigen Fällen waren Rücksprachen mit Mitarbeiter/innen des Jugendamtes oder des Sozialamtes notwendig. In den wenigsten Fällen geht es tatsächlich um gleichstellungsrelevante Probleme von allgemeingültiger Bedeutung.

6. Kooperationen/Gremienarbeit

Während dieser ersten acht Monate habe ich bereits einige Arbeitskontakte aufbauen können. Zum Teil ging die Initiative von mir aus, in anderen Fällen wurde ich eingeladen und/oder zu Arbeitskontakten aufgesucht. Auch bin ich bereits in einigen Gremien tätig.

Zu folgenden Themen bestehen folgende Kontakte:

Gewalt	Polizeidirektion 2 BIG e. V.
Sozialberatung	Berliner Stadtmission Caritas
Scheidung/Trennung	Forte e. V.
Beruf	Raupe & Schmetterling SPI-Consult Beauftragte für Chancengleichheit des Arbeitsamtes Kompetenzzentrum für Frauen
Kinderbetreuung	Verband allein erziehender Mütter und Väter (VAMV)

Die Gruppe „Frauen in der Lebensmitte“ trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat im

Mädchen- und Frauentreff Düsseldorfer Str. 3. Das Angebot in der Düsseldorfer

Str. 3 steht für weitere Frauengruppen offen.
In folgenden **Gremien** arbeite ich zurzeit mit:

- Steuerungsgruppe des Bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit
- AG Mädchen/junge Frauen nach § 78 KJHG
- Steuerungsgruppe des Bezirksamtes (zeitweise zum Thema Gender Mainstreaming)
- Arbeitsgruppe Berufliche Wiedereingliederung von Frauen bei KOBRA
- Landesarbeitsgemeinschaft der Bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Berlin

7. Öffentlichkeitsarbeit/Publikationen

Im Berichtszeitraum wurden in Zusammenarbeit mit der Pressestelle zahlreiche Pressemitteilungen zu verschiedenen Themen erarbeitet (siehe Anlage). Hier einige Beispiele:

- je ein Vorstellungsbrief an die Frauen im Bezirk und an Institutionen
- Vorstellung der neuen Frauenbeauftragten in Presse und Internet
- Vorstellung in der Verwaltung im Mitteilungsblatt
- Pressemeldungen zu Veranstaltungen
- Artikel zu Gender Mainstreaming in den Rathaus Nachrichten
- Pressekonferenz zum Thema Häusliche Gewalt und Vorstellung der geplanten Brötchentüten-Aktion rund um den 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen
- Pressemitteilung zur Auslobung des frauenfreundlichsten Betriebes

Publikationen

Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Berlins: Leitfaden zur Einführung von Gender Mainstreaming in die Bezirksverwaltung. Berlin, April 2001

Rabe, Christine: Umsetzung von Gender Mainstreaming im Stadtbezirk in: Nohr, Barbara/Veth, Silke (Hrsg.): Gender Mainstreaming – Kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin 2002.

Rabe, Christine: Gender Mainstreaming in der Berliner Verwaltung – Ein Bezirksamt wird „gegendert"- Dokumentation einer Veranstaltung des August-Bebel-Instituts am 05.07.2003 in Berlin.

Rabe, Christine: Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf, Teil 1: Eine Handlungsanleitung, 2. überarbeitete Fassung, November 2003

Rabe, Christine, FU Berlin**:** Semesterplan Wi.Se. 2003/04,Titel der Lehrveranstaltung „Eine Verwaltung wird gegendert" – Umsetzungsstrategien für Gender

Mainstreaming an konkreten Beispielen.

8. Arbeitsplan 2004

Thema	Aktivität	Termin
Gender Mainstreaming	Vorlage einer Handlungsanleitung / Einarbeitung von Änderungswünschen	Januar
	Erarbeitung einer Bezirksamtsvorlage zu den gleichstellungspolitischen Leitlinien	Januar
	Beratung der Fachabteilungen/Mitarbeit bei der Vorbereitung von hausinternen Veranstaltungen	laufend
	Erarbeitung einer Beschlussvorlage zu den Maßnahmenplänen	März
	Betreuung der Studie zu Gender Budgeting	laufend
	Vorstellung des Konzeptes im Frauenausschuss	Januar
Berufstätigkeit	Beratung zum LSK	Januar
	Mitarbeit im Bezirklichen Bündnis für Arbeit und Wirtschaft / Begleitung arbeitsmarktpolitischer Projekte	laufend
	Aktion zum Girls Day planen und durchführen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, der Abteilung Bildung und Unternehmen	Januar bis April
	Geschäftsführung des Unternehmerinnenstammtisches	laufend
	Auslobung des frauenfreundlichsten Betriebes / Begleitung der Tätigkeit der Jury	Januar/ Februar
	Veranstaltung zu den Auswirkungen der veränderten Arbeitsmarktpolitik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und der Abteilung Soziales	September
Häusliche Gewalt	Erarbeitung einer Vorlage für die BVV zu Beratungsangeboten	Januar
	Erarbeitung einer Vorlage zur Ausstellung „Gewalt gegen Frauen im Alltag“	Januar
	Fortsetzung der Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ zum 25. November 2004 (dazu Absprachen mit der Bäckerinnung, Kaisers und weiteren Sponsoren)	Mai bis November
	Ausstellung „Gewalt gegen Frauen im Alltag“	Februar oder August
Veranstaltungen	Frauenfrühling: ca. 30 Veranstaltungen begleiten, eigene durchführen, Öffentlichkeitsarbeit	März
	Frauenmesse planen und durchführen, Öffentlichkeitsarbeit	März